

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/38

Hannover, 13. Mai 1947
Telefon: 20951

Untaugliche Versuche

F.S. Der ausländische und deutsche Rundfunk und Nachrichtenagenturen brachten in diesen Tagen wiederholt die Meldung, in Hannover finde eine Zusammenkunft zwischen Vertretern der Berliner und süddeutschen CDU und der SPD statt, um endlich die erstrebte repräsentative deutsche Institution ins Leben zu rufen. Die Information war "aus Kreisen der CDU" gegeben worden, wie es in einer der Meldungen lautete, so daß kein Zweifel daran bestehen kann, daß es sich hier um Versuchsballone jener Art handelte, die man aufsteigen läßt, um die Strömungen oder Temperaturen in unbekanntem Luftschichten zu erkunden. Diese Mühe wäre nach unserer Meinung in diesem Falle nicht nötig gewesen. Man sollte "in Kreisen der CDU" wissen, daß die SPD die repräsentative deutsche Vertretung erstrebt und daß die Sozialdemokratie eine baldige Errichtung einer solchen im echten Sinne demokratischen Institution wünscht. Jedoch sollte auch bekannt sein, welche Voraussetzungen erfüllt sein müßten, ehe sich die SPD an weiteren Besprechungen über diese Frage maßgeblich beteiligt. Sie sind vor allem - aber nicht nur - durch die Tatsache des nach wie vor bestehenden Verbots der Partei in der Ostzone und durch die unentwegte Beschimpfung ihres Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher gegeben. Jede Partei, die ein ernstes, eigenes und nur aus ihrer deutschen Politik genährtes Interesse an dem Zustandekommen der gesamtdeutschen Repräsentation hat, sollte darum zunächst dahin wirken, daß diese selbstverständlichen Voraussetzungen erfüllt werden, gegen die niemand etwas einzuwenden hat, der wirklich ein demokratisches Leben in Deutschland erstrebt.

Ein anderer Versuch, der vor kurzem unternommen wurde, zielte auf das gleiche Ergebnis hin, eine deutsche Vertretung zu entwickeln. Der bayrische Ministerpräsident Ehardt richtete an seine Kollegen in allen deutschen Ländern, such an die in der Ostzone, die Einladung, in der ersten Juniwoche in München zusammenzukommen, um dringende, gewis lebens-

wichtige gesamtdeutsche Angelegenheiten zu besprechen. Es ist nicht der erste Versuch dieser Art, Brünn hatte ihn schon einmal unternommen, scheiterte aber an der noch nicht reifen politischen Struktur in Deutschland. Die deutsche öffentliche Meinung wünscht ganz allgemein eine repräsentative deutsche Äußerung zu hören. Sie ist da nicht wählerisch, weil es zwei Jahre nach der Kapitulation und dem Ende des Krieges niemand mehr einleuchten will, daß noch immer keine Möglichkeit bestehen soll, eine maßgebliche deutsche Repräsentation zu Wort kommen zu lassen. Schließlich zwingt auch die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland zu der Einsicht, daß es höchste Zeit sei, eine deutsche Instanz ins Leben zu rufen. Nicht wenige diskutieren mit Interesse und Verwunderung die Nachrichten, daß in Japan längst weit größere Fortschritte auf dem Wege zur Wiederherstellung der Souveränität des Landes gemacht wurden, und es ist nicht erstaunlich, daß hierzu sozusagen auf dem schwarzen Markt des politischen Nachrichtenwesens, der infolge des Mangels an Zeitungen nicht minder üppig wie sein materieller Kumpen blüht, Kommentare erörtert werden, die nicht nur originell, sondern in ihrer Tendenz auch gefährlich sind. Wenigstens findet der Beobachter das, der um die unbedingte Sicherung des Weltfriedens bemüht ist.

So sinnvoll in der Absicht der bayerische Versuch aber erscheinen mag, so sicher geht er doch in die Irre. Denn die Ministerpräsidenten der deutschen Länder stellen nicht die Stimme des deutschen Volkes dar. Man kann von der Tatsache absehen, daß dies vor allem für die Länder in der Ostzone gilt. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß auch in Konferenzen der dort fast allmächtigen SPD ernsthaft und mit Sorge die Frage besprochen wird, wann und unter welchen Bedingungen die SPD ihre politische und organisatorische Arbeit im Osten würde aufnehmen können. Nur zu genau weiß man, daß dann das politische Gesicht der Parlamente und Regierungen vollkommen anders aussehen wird. Die Möglichkeit freier Wahlen - und nur diese Chance würde die Wiederaufnahme der sozialdemokratischen Arbeit im Osten zur Folge haben - verändert von Mecklenburg bis nach Thüringen die Lage so, daß wahrscheinlich nicht ein einziger der jetzt antretenden Männer nach München reisen könnte. Aber auch in den westlichen Zonen, wo die Regierungen nach freien Wahlen gebildet wurden, haben Koalitionsabreden ihren Einfluß bei der Bestimmung der Partei, die den Präsidenten stellt und bei der Auswahl der Personen geltend gemacht. Das ist natürlich und vermindert nicht die demokratische Wahrheit, es überührt aber die politische Struktur des Reiches. Zudem: Wahlen zu Länderparlamenten erfolgen unter anderen Gesichtspunkten als sie die öffentliche politische Meinung des deutschen Volkes äußern würde, wenn ein Reichstag zu bilden wäre. Und schließlich: Das Reich wird nicht aus der Summe der Länder gebildet, es lebt aus eigener politischer Kraft, oder es wird nur ein Schattendasein führen.

Eine repräsentative deutsche Vertretung ist nötig und ist das Gebot der Stunde. Sie kann sofort errichtet werden, indem zunächst die politischen Parteien sie nach ihrer Stärke und ihrem politischen Gewicht schaffen - wobei wieder die unabdingbare Forderung nach politischer Freiheit in der Ostzone, insbesondere für die einzige dort verbotene Partei der SPD erhoben werden muß. Dann sollten sobald wie möglich freie Wahlen dem ganzen Volke die Möglichkeit geben, sich seine Vertretung selbst zu bestimmen. Dies ist der Weg, der uns richtig erscheint und der allein beschritten werden sollte. Jede andere Maßnahme wäre eine Verfälschung der echten Meinung, die das deutsche Volk zu äußern wünscht.

Schlagschatten über Italien

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter in Rom

Bald nachdem anfangs Juni letzten Jahres die Verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt war, begann eine Kommission die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes. Als Ergebnis liegen 134 Paragraphen der Nationalversammlung zur Beratung und Entscheidung vor. Nur wenige davon konnten bisher verabschiedet werden. In zum Teil höchst unständlichen Redewendungen, denen man den Kompromißcharakter des ganzen Verfassungswerkes ansieht, wird versucht, die großen Probleme der Zeit, vor allem die sozialen, programmatisch zu formulieren. Die Theoretiker möchten also das, was nur eine lebendige Praxis allmählich zu entwickeln vermag, durch ein paar Federzüge erledigen. Auf diese Weise mögen zwar sehr "modern" anmutende Paragen entstehen, aber sie laufen Gefahr, tote Buchstaben zu bleiben. Das Gesamtwerk ist ein Kompromiß zwischen der vom Osten beeinflussten revolutionären Forderung und der Tatsache, daß sehr viele Italiener auch künftig den westlich-kapitalistischen Weg einzuschlagen gedenken. Das Verfassungswerk wird also das Geheimnis eines noch nicht ausgeprägten politischen Kampfes in sich bergen. Die Unverbindlichkeit des Ganzen ist der Kitt, der die scheinbare Einmütigkeit erlaubt.

Der theoretische Charakter des Verfassungsentwurfes wird natürlich im Gebiet der sozialen Probleme am deutlichsten. Während Privatbesitz und Privatinitiative erhalten werden sollen, wird das Tor für weitgehende Sozialisierung geöffnet, aber alles Praktische soll der künftigen Gesetzgebung und damit dem künftigen Kampf vorbehalten werden. Es wird auch ein Recht der Arbeiter auf "Teilnahme an der Betriebsführung" vorgesehen. Wie die Dinge tatsächlich stehen, sieht man jedoch an den Vorschlägen, die zur Errichtung von Betriebsräten gemacht wurden, nämlich einerseits von sozialistisch-kommunistischer Seite, andererseits von den Christlichdemokraten, deren Entwurf aus der Feder des Ministers Morandi stammt. Die beiden Entwürfe sehen sich äußerlich einigermäßen ähnlich, nur bedeuten sie praktisch etwas durchaus Verschiedenes. Wie schon im vergangenen Oktober auf dem ersten Reichkongreß der Betriebsräte von einem weit links stehenden Abgeordneten erklärt wurde, sollen die Betriebsräte nach sozialistisch-kommunistischer Auffassung (dieses Doppelwort erklärt sich aus der Zusammenarbeit der sozialistischen Partei und der Kommunisten) keinesfalls zu einer Kooperation und Aussöhnung der Klassen führen, sondern nur zur Verwirklichung der sozialistisch-kommunistischen Ziele. Außer der Kontrolle der Betriebsführung wird mit deren Hilfe eine entsprechende Wirtschaftsplanung mit dem Ziel der völligen Umgestaltung der Wirtschaft und des sozialen Lebens angestrebt. Die Christlichdemokraten betonen zwar einen ernsthaften Willen zur sozialen Erneuerung Italiens, aber sie wollen mit einer "marxistischen Ordnung" nichts zu tun haben. Der Betriebsrat soll nicht bestimmen, sondern nur beraten dürfen, er soll also nicht die Möglichkeit haben, eine Umwälzung zu erzwingen.

In der Praxis ist inzwischen eine Situation entstanden, die bei allen Ordnungsliebenden Unwillen und große Beunruhigung erregt. "Spontan" entstehen in allen Ecken des Landes nicht nur Streiks aller Art, sondern Zusammenrottungen und Demonstrationen, die einen durchaus anarchistischen Charakter angenommen haben. Demonstranten lärmten auf den Straßen, dringen in Amtsräume und Geschäfte ein, erpressen hohe staatliche Beamte, plündern, errichten Barrikaden, unterbinden den Verkehr. Rechnet man die große Summe verbrecherischer Anschläge und Räubereien und andere Ungezeszlichkeiten hinzu, die auf der Tagesordnung stehen, dann ergibt sich ein Gesamtbild, dessen wesentlichstes Merkmal das Fehlen jeder Autorität und die absichtliche Unterhöhlung des Regierungssystems ist. Gelegentliche Versuche, diese Autorität geltend zu machen - etwa ein nunmehr erlassenes Verbot für Demonstrationen auf öffentlichen Plätzen, oder auch die Weigerung der Regierung, mit den streikenden Mittelschullehrern zu verhandeln, bevor sie ihre Arbeit

Schlagschatten über Italien

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter in Rom

Bald nachdem anfangs Juni letzten Jahres die verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt war, begann eine Kommission die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes. Als Ergebnis liegen 134 Paragraphen der Nationalversammlung zur Beratung und Entscheidung vor. Nur wenige davon konnten bisher verabschiedet werden. In zum Teil höchst unständlichen Redewendungen, denen man den Kompromisscharakter des ganzen Verfassungswerkes ansieht, wird versucht, die großen Probleme der Zeit, vor allem die sozialen, programmatisch zu formulieren. Die Theoretiker möchten also das, was nur eine lebendige Praxis allmählich zu entwickeln vermag, durch ein paar Federzüge erledigen. Auf diese Weise mögen zwar sehr "modern" anmutende Phrasen entstehen, aber sie laufen Gefahr, tote Buchstaben zu bleiben. Das Gesamtwerk ist ein Kompromiß zwischen der vom Osten beeinflussten revolutionären Forderung und der Tatsache, daß sehr viele Italiener auch künftig den westlich-kapitalistischen Weg einzuschlagen gedenken. Das Verfassungswerk wird also das Geheimnis eines noch nicht ausgeprägten politischen Kampfes in sich bergen. Die Unverbindlichkeit des Ganzen ist der Kitt, durch die scheinbare Einmütigkeit erlaubt.

Der theoretische Charakter des Verfassungsentwurfes wird natürlich im Gebiet der sozialen Probleme am deutlichsten. Während Privatbesitz und Privatinitiative erhalten werden sollen, wird das Tor für weitgehende Sozialisierung geöffnet, aber alles Praktische soll der künftigen Gesetzgebung und damit dem künftigen Kampf vorbehalten werden. Es wird auch ein Recht der Arbeiter auf "Teilnahme an der Betriebsführung" vorgesehen. Wie die Dinge tatsächlich stehen, sieht man jedoch an den Vorschlägen, die zur Errichtung von Betriebsräten gemacht wurden, nämlich einerseits von sozialistisch-kommunistischer Seite, andererseits von den Christlichdemokraten, deren Entwurf aus der Feder des Ministers Morandi stammt. Die beiden Entwürfe sehen sich äußerlich eigigernaßen ähnlich, nur bedeuten sie praktisch etwas durchaus Verschiedenes. Wie schon im vergangenen Oktober auf dem ersten Reichskongreß der Betriebsräte von einem weit links stehenden Abgeordneten erklärt wurde, sollen die Betriebsräte nach sozialistisch-kommunistischer Auffassung (dieses Doppelwort erklärt sich aus der Zusammenarbeit der sozialistischen Partei und der Kommunisten) keinesfalls zu einer Kooperation und Aussöhnung der Klassen führen, sondern nur zur Verwirklichung der sozialistisch-kommunistischen Ziele. Außer der Kontrolle der Betriebsführung wird mit deren Hilfe eine entsprechende Wirtschaftsplanung mit dem Ziel der völligen Umgestaltung der Wirtschaft und des sozialen Lebens angestrebt. Die Christlichdemokraten betonen zwar einen ernsthaften Willen zur sozialen Erneuerung Italiens, aber sie wollen mit einer "marxistischen Ordnung" nichts zu tun haben. Der Betriebsrat soll nicht bestimmen, sondern nur beraten dürfen, er soll also nicht die Möglichkeit haben, eine Umwälzung zu erzwingen.

In der Praxis ist inzwischen eine Situation entstanden, die bei allen Ordnungsliebenden Unwillen und große Beunruhigung erregt. "Spontan" entstehen in allen Ecken des Landes nicht nur Streiks aller Art, sondern Zusammenrottungen und Demonstrationen, die einen durchaus anarchistischen Charakter angenommen haben. Demonstranten lärmen auf den Straßen, dringen in Amtsräume und Geschäfte ein, erpressen hohe staatliche Beamte, plündern, errichten Barrikaden, unterbinden den Verkehr. Rechnet man die große Summe verbrecherischer Anschläge und Räubereien und andere Ungesetzlichkeiten hinzu, die auf der Tagesordnung stehen, dann ergibt sich ein Gesamtbild, dessen wesentlichstes Merkmal das Fehlen jeder Autorität und die absichtliche Unterhöhlung des Regierungssystems ist. Gelegentliche Versuche, diese Autorität geltend zu machen - etwa ein nunmehr erlassenes Verbot für Demonstrationen auf öffentlichen Plätzen, oder auch die Weigerung der Regierung, mit den streikenden Mittelschullehrern zu verhandeln, bevor sie ihre Arbeit

Schlagschatten über Italien

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter in Rom

Bald nachdem anfangs Juni letzten Jahres die verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt war, begann eine Kommission die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes. Als Ergebnis liegen 134 Paragraphen der Nationalversammlung zur Beratung und Entscheidung vor. Nur wenige davon konnten bisher verabschiedet werden. In zum Teil höchst unständlichen Redewendungen, denen man den Kompromißcharakter des ganzen Verfassungswerkes ansieht, wird versucht, die großen Probleme der Zeit, vor allem die sozialen, programmatisch zu formulieren. Die Theoretiker möchten also das, was nur eine lebendige Praxis allmählich zu entwickeln vermag, durch ein paar Federzüge erledigen. Auf diese Weise mögen zwar sehr "modern" anmutende Phrasen entstehen, aber sie laufen Gefahr, tote Buchstaben zu bleiben. Das Gesamtwerk ist ein Kompromiß zwischen der vom Osten beeinflussten revolutionären Forderung und der Tatsache, daß sehr viele Italiener auch künftig den westlich-kapitalistischen Weg einzuschlagen gedenken. Das Verfassungswerk wird also das Geheimnis eines noch nicht ausgeprägten politischen Kampfes in sich bergen. Die Unverbindlichkeit des Ganzen ist der Kitt, der die scheinbare Einmütigkeit erlaubt.

Der theoretische Charakter des Verfassungsentwurfes wird natürlich im Gebiet der sozialen Probleme am deutlichsten. Während Privatbesitz und Privatinitiative erhalten werden sollen, wird das Tor für weitgehende Sozialisierung geöffnet, aber alles Praktische soll der künftigen Gesetzgebung und damit dem künftigen Kampf vorbehalten werden. Es wird auch ein Recht der Arbeiter auf "Teilnahme an der Betriebsführung" vorgesehen. Wie die Dinge tatsächlich stehen, sieht man jedoch an den Vorschlägen, die zur Errichtung von Betriebsräten gemacht wurden, nämlich einerseits von sozialistisch-kommunistischer Seite, andererseits von den Christlichdemokraten, deren Entwurf aus der Feder des Ministers Morandi stammt. Die beiden Entwürfe sehen sich äußerlich einigermaßen ähnlich, nur bedeuten sie praktisch etwas durchaus Verschiedenes. Wie schon im vergangenen Oktober auf dem ersten Reichskongreß der Betriebsräte von einem weit links stehenden Abgeordneten erklärt wurde, sollen die Betriebsräte nach sozialistisch-kommunistischer Auffassung (dieses Doppelwort erklärt sich aus der Zusammenarbeit der sozialistischen Partei und der Kommunisten) keinesfalls zu einer Kooperation und Aussöhnung der Klassen führen, sondern nur zur Verwirklichung der sozialistisch-kommunistischen Ziele. Außer der Kontrolle der Betriebsführung wird mit deren Hilfe eine entsprechende Wirtschaftsplanung mit dem Ziel der völligen Umgestaltung der Wirtschaft und des sozialen Lebens angestrebt. Die Christlichdemokraten betonen zwar einen ernsthaften Willen zur sozialen Erneuerung Italiens, aber sie wollen mit einer "marxistischen Ordnung" nichts zu tun haben. Der Betriebsrat soll nicht bestimmen, sondern nur beraten dürfen, er soll also nicht die Möglichkeit haben, eine Umwälzung zu erzwingen.

In der Praxis ist inzwischen eine Situation entstanden, die bei allen Ordnungsliebenden Unwillen und große Beunruhigung erregt. "Spontan" entstehen in allen Ecken des Landes nicht nur Streiks aller Art, sondern Zusammenrottungen und Demonstrationen, die einen durchaus anarchistischen Charakter angenommen haben. Demonstranten lärmen auf den Straßen, dringen in Autosäume und Geschäfte ein, erpressen hohe staatliche Beamte, plündern, errichten Barrikaden, unterbinden den Verkehr. Rechnet man die große Summe verbrecherischer Anschläge und Räubereien und andere Ungesetzlichkeiten hinzu, die auf der Tagesordnung stehen, dann ergibt sich ein Gesamtbild, dessen wesentlichstes Merkmal das Fehlen jeder Autorität und die absichtliche Unterhöhnung des Regierungssystems ist. Gelegentliche Versuche, diese Autorität geltend zu machen - etwa ein nunmehr erlassenes Verbot für Demonstrationen auf öffentlichen Plätzen, oder auch die Weigerung der Regierung, mit den streikenden Mittelschullehrern zu verhandeln, bevor sie ihre Arbeit

wieder begannen - wirken wie Tropfen auf einen heißen Stein.

Das Unglück des Landes ist die Tatsache, daß alle legalen Bewegungen, wozu auch natürlich autorisierte Streiks gehören, die ihren Grund im Mißverhältnis zwischen Preisen und Löhnen haben, in den tiefen Schatten unbestreitbar illegaler Handlungen geraten. Die Grenze zwischen dem Erlaubten und dem Nicht-Erlaubten verwischt sich immer mehr. An die Stelle großer, aus der Notlage erklärlicher sozialer Bewegungen ist oben eine chaotische und anarchistische Tendenz getreten, deren Ursprung zum Teil vielleicht "spontan" genannt werden kann, die aber viel häufiger auf eine planvolle Wühlarbeit zurückzuführen ist. Offiziell hat natürlich keine Partei damit zu tun - aber Interessenten an der Zerstörung des heutigen Staates gibt es in nicht geringer Zahl.

Es ist klar, daß das demokratische Italien, wenn es keinen unheilbaren Schaden erleiden soll, bald diese Krise überwinden muß. Die Unheilpropheten sagen sehr verschiedenartige Dinge voraus; die einen den Bolschewismus, die anderen eine Neuauflage des Faschismus in irgend einer Form, die Dritten einen Bürgerkrieg, wieder andere - und deren Zahl ist besonders groß - einen katastrophalen Absturz der Lira, deren Abwärtsbewegung bisher noch verhältnismäßig sanft war. Schließlich sprechen auch nicht gerade Wenige von der Wiedererhebung des italienischen Militarismus - auf Wunsch der Westmächte, die sich darüber klar seien, daß Italien einer der Hauptschauplätze eines "kommenden" Krieges sein werde. Auch ausländische Beobachter behaupten dergleichen. Trotz aller Gefährlichkeit der italienischen Lage ist es notwendig, vor solchen Prophezeiungen zu warnen: Gewinnt die Regierung die Kraft, nicht bloß Paragraphen und Gesetze auszuarbeiten, sondern auch zu handeln, und schwingt sie sich zu der Autorität auf, zu der sie berechtigt, ja verpflichtet ist, so wird sie wenigstens den Teil der Unrast eindämmen können, der die tatsächlichen tieferen Probleme des Landes überschattet. Diese freilich werden schwierig genug bleiben.

Vor den Wahlen in Südbaden

Das Doppelspiel der BCSV - Gleichgültigkeit trotz "Wahlfett"

H.W. Baden - Baden

Die Sozialdemokratische Partei hat zu den am 18. Mai in Südbaden stattfindenden Landtagswahlen und Volksentscheid über die neue Verfassung eine gute Wahlparole. Die bürgerlichen Parteien, BCSV (Badisch Christlich-Soziale Volkspartei) - Früher Zentrum - und die Demokratische Partei haben der Verfassung eine Form gegeben, der die Sozialdemokratie unmöglich zustimmen konnte. Die Forderungen der SPD auf dem Gebiete der Sozialisierung, der Planwirtschaft und Bodenreform wurden glatt abgelehnt. Die von der bürgerlichen Mehrheit beschlossenen Abschnitte über diese Fragen dürften diese Verfassung zum reaktionärsten und rückschrittlichsten Gebilde von allen deutschen Ländern machen.

Die Sozialdemokratische Fraktion mußte sich unbeliebt von dieser reaktionären Mehrheit distanzieren, umso mehr, als die BCSV während der Beratung der Verfassung ein skandalöses Doppelspiel getrieben hatte. In der ersten Lesung setzte diese Partei eine Reihe rückschrittlichster Bestimmungen durch, so die Schaffung eines Staatspräsidenten, eines Ständerats, eine Verwässerung des Charakters der Simultanschule, Verschlechterungen, die die glückliche Partei dann in der zweiten Lesung auf den Protest aus dem ganzen Lande hin, selbst wieder aufhob, indem sie gegen ihre eigenen Beschlüsse in der ersten Lesung stimmte, bis auf die Forderungen bezüglich der Sozialisierung und Bodenreform. Hier blieb die BCSV fest und lehnte alle Forderungen der Sozialdemokratie ab. Es blieb nur eine verschwommene und leere Bestimmung, daß in "Notfällen" auf "befristete Zeit" Betriebe in Gemeinwirtschaft

überführt werden können. Nun hat die Wählerschaft das Wort, ob sie einer Verfassung, die den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Zeit nicht im mindesten Rechnung trägt, zustimmen oder ablehnen will.

Trotz der Bedeutung dieser Entscheidung herrscht dennoch im Lande keine Wahlstimmung. Die Bevölkerung ist völlig gleichgültig. Die Parteien sind in ihrer Werbetätigkeit vielerlei Beschränkungen unterworfen, es dürfen keine Flugblätter verteilt werden, das Anschlagen der Plakate ist wesentlich eingeschränkt, die Redner aus anderen Zonen müssen vorher einen Lebenslauf einreichen, verschiedentlich wurden sie auch gefragt, wie sie zu Dr. Schumacher stehen...

Ueber allem aber steht die Not, die Sorge um das Dasein. Die acht Tage vor der Wahl herausgekommene Verfügung, "daß ab sofort die Fettzuteilung von 200 g im Monat auf 320 g erhöht würde, wurde mit größter Skepsis, ja Mißtrauen aufgenommen. Es ist "Wahlfett" sagt das Volk, mit dem man die Wahlmüdigkeit oder Wahlunlust bekämpfen will. Auch da hat das Volk von Südbaden schon sein gerüttelt Maß unerfreulicher Erfahrungen.

Die vier Parteien verfügen über je ein Parteiorgan; außerdem stellen die sogenannten un- oder überparteilichen Blätter den Parteien sogenannte Wahlseiten zur Verfügung. Sie bemühen sich alle, der Wählerschaft die Wichtigkeit und Bedeutung der Wahl klarzumachen. Ob es der Agitation und dem Fett gelingt, die Wahlverdrossenheit zu beheben, wird der nächste Sonntag zeigen. Bis jetzt hat es diesen Anschein noch nicht.

3 322 358 Mitglieder der Labour Party

Mit 3 322 358 Mitgliedern hat die englische Labour Party Ende 1946 den höchsten Mitgliederstand seit 1926 erreicht. Von ihnen gehören 2 635 346 jenen 71 englischen Gewerkschaften an, die in corpore der Labour Party angeschlossen sind. Insgesamt sind im Trade Union Congress, dem Dachverband der englischen Gewerkschaften, 192 Gewerkschaften mit 6 671 120 Mitgliedern vereinigt. (b/B10/135/1/hs)

Australien wünscht deutsche Wissenschaftler

Der "Ausverkauf deutscher Wissenschaftler" greift nunmehr auch auf Australien über. Wie der australische Verteidigungsminister Dedman im Repräsentantenhaus mitteilte, bemüht sich die australische Regierung um die Verpflichtung gewisser deutscher Wissenschaftler. Zu diesen gehören Dr. Danulat, der Erfinder des sogenannten Lurgi-Verfahrens zur Erzeugung von Gas aus Braunkohle, Architekt Bruggermann, der die Pläne für die Lurgi-Werke entworfen hat und Dr. Fettweiler, ein Chemiker, dessen Fähigkeiten in den Dienst der chemischen und biochemischen Forschungsarbeit an den australischen Universitäten gestellt werden sollen. (b/B10/135/1/hs)

Christmas Möller und die Südgrenze

K.K. Kopenhagen

Christmas Möller, der bisherige Vorsitzende der Konservativen Partei, ist kürzlich von der Parteiführung zurückgetreten. Die Partei hat bei den letzten Landstingswahlen eine Niederlage erlitten, die von Möller selbst als katastrophal bezeichnet wird. Möller hat kurz nach seiner Wiederkehr aus England (er war während des Krieges dorthin geflüchtet) die Bemerkung gemacht: "Wir sind jetzt ja alle Sozialisten", und tatsächlich vertrat er innerhalb der konservativen Partei eine stark sozial betonte Richtung. Noch mehr aber hat er sich dadurch mit den Bestrebungen der Konservativen Partei in Widerspruch gesetzt, daß er sich entschieden gegen jede Aenderung der Südgrenze zugunsten Dänemarks aussprach. Möller hat in dieser Frage dieselbe Auffassung wie die dänische Sozialdemokratie. Er führt die Niederlage der Konservativen Partei auf seine politische Haltung zurück und hat der Entwicklung die Konsequenzen gezogen.

Gefährliches Bauern-Spiel "Milchstreik" und Schlachtviehaufgabe

H.U. Die klaffende Differenz zwischen dem Milchablieferungsoll und dem tatsächlichen Aufkommen hat längst den Reiz eines unergründlichen Geheimnisses verloren. Wenn die Kühe wüßten, daß sie statt der ihnen amtlich zugetrauten 5,6 Liter pro Tag nach Behauptung ihrer Besitzer nur 2,5 Liter liefern - sollen, würden sie vermutlich in ein schallendes Muehen ausbrechen. Denn so dumm sind selbst Rindviecher nicht, so etwas zu glauben.

Obwohl eine bestimmte Sorte von Landwirten denen, die nicht alle werden, sondern nur zu gern den größten Unsinn glauben, goldene Brücken baut. Sie geht nämlich mit der Behauptung krebsen, die Futtermittellage sei so schlecht, daß die armen Kühe nicht mehr Milch geben könnten. Ein interessantes Experiment in einem Ort des Kreises Gifhorn hat, wenn auch zunächst nur örtlich, diese Behauptung schlagend widerlegt. Dort wurde der Gemeinde die Auflage erteilt, sehr kurzfristig eine bestimmte Zahl von Schlachtvieh abzuliefern. Das Ergebnis war ebenso verblüffend wie bezeichnend. Es wurde weder das Vieh geliefert, noch kam ein zahlreicher oder geharnischter Protest - sondern am nächsten Morgen wurden 450 (in Worten: vierhundertfünfzig) Liter Milch mehr abgeliefert, zur Demonstration, wie jämmerlich es doch sei, diese tüchtigen und trotz der so wehleidig berufenen Futternöte so spendablen Milchlieferanten kaltschnäuzig dem Schlachtbeil auszuliefern.

Die Eingeweihten wissen längst, daß der Milchstreik der Kühe eine Zweckerfindung ist. Denn die auf dem Schwarzen Markt überreichlich angebotene Butter stammt ja nicht aus Holland, Dänemark oder Amerika, sondern ist einwandfrei made in Germany. Und die auf den Lande und in den Kleinstädten gebackenen Butterkuchen sind nicht mit Hilfe "stiller" Reserven aus besseren Zeiten hergestellt. Die Gewissenlosigkeit einer ganz bestimmten, zahlenmäßig leider nicht unbeträchtlichen Sorte von Landwirten gegenüber dem eigenen, hungernden Volk hat aber in letzter Zeit neue Blüten getrieben. Die Schlachtviehaufgaben erfolgten bisher nach einem unerforschlichen Ratschluß, der noch aus den Urzeiten der Reichsärztesorganisation zu stammen scheint, in Stückzahl. Man ist, das weiß jedes Kind, Rind keineswegs in allen Fällen gleich Rind. Ganz besonders aber dann nicht, wenn - wie neuerdings in wachsendem Umfang - Jungvieh, vorwiegend aus dem Winter stammende Kälber, zur Ablieferung gelangt. Wohlgemerkt: die Stückzahl der Auflage wird erfüllt, nicht aber das Gewicht. Das ist der Grund, daß in den letzten Wochen die Schlachthöfe der Städte mit den benötigten Gewichtsmengen nicht zu Rande kamen und, als Folge davon, sich wieder Schlangen vor den Schlachtereien bildeten.

Die Zeiten sind zu ernst, als daß solche offensichtlichen Sabotageakte als "Zufälligkeiten" bagatellisiert werden dürften. Hinter der unzulänglichen Milchablieferung wie hinter der Methode, die Schlachtviehaufgaben zu umgehen, steckt wohl durchsichtiges, raffiniertes System, und wenn die Landwirtschaft nicht in letzter Minute zur Selbsteinsicht kommt, daß sie mit der notleidenden Stadt auf Gedeih und Verderb verbunden ist, so wird sie die Tatsache dieser schicksalhaften Verkettung in aller Kürze auf höchst schmerzliche Weise zur Kenntnis zu nehmen haben. Noch ziehen die Städter, wenn gleich schon in Scharen, als flehende Bittsteller aufs Land. Aber der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, wo aus geschulden Schafen reißende Wölfe werden können.